Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Italien

2022

Berichtszeitraum: 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

Fälle von Folterungen gaben weiterhin Anlass zur Sorge. Die Polizei ging mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vor. Restriktive Maßnahmen gegen nicht genehmigte musikalische Veranstaltungen drohten das Recht auf Versammlungsfreiheit zu untergraben. Nach wie vor war ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen zu verzeichnen. Auf See gerettete Menschen mussten tagelang auf Schiffen ausharren, bevor sie an Land gehen durften. Die Regierung beschloss neue Regeln zur Einschränkung von Einsätzen durch Rettungsschiffe von NGOs. Die Zusammenarbeit mit Libyen im Bereich der Migration wurde ungeachtet aller Missstände ausgeweitet.

Folter und andere Misshandlungen

Im November 2022 begann der Prozess gegen 105 Gefängnisangestellte und andere Staatsbedienstete wegen verschiedener Straftaten, darunter Folter, im Zusammenhang mit der gewaltsamen Niederschlagung einer Protestveranstaltung in der Haftanstalt von Santa Maria Capua Vetere im April 2020.

Im Dezember wurde ein Polizist unter Hausarrest gestellt, dem Folter an Hasib Omerovic vorgeworfen wurde. Der Rom, der mit Behinderungen lebt, war während einer nicht offiziell genehmigten polizeilichen Durchsuchung seiner Wohnung außerhalb der Hauptstadt Rom im Juli 2022 aus dem Fenster gestürzt. Die Umstände des Sturzes waren nach wie vor unklar. Vier weitere Polizist*innen wurden unter dem Vorwurf der Falschaussage vom Dienst suspendiert.

Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Die Polizei ging wiederholt mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vor. Im Januar 2022 setzte die Bereitschaftspolizei in Turin Schlagstöcke gegen Studierende ein, die wegen des Todes eines 18-jährigen Praktikanten auf die Straße gegangen waren. Etwa 20 Personen wurden verletzt, eine davon schwer.

Menschenrechtsverstöße und Gewalt im Bereich Flucht und Migration

Italien unterstützte die libyschen Behörden nach wie vor dabei, Flüchtlinge und Migrant*innen in Libyen festzuhalten, obwohl es immer wieder zu schwerwiegenden Menschenrechtsverstößen durch libysche Behörden und Milizen kam. Im Laufe des Jahres

2022 fingen die libyschen Behörden mit logistischer und materieller Unterstützung Italiens mehr als 24.000 Menschen auf See ab und brachten sie nach Libyen zurück.

Im Juli 2022 billigte das italienische Parlament die Verlängerung der Militärmissionen zur Unterstützung der libyschen Behörden beim Abfangen von Flüchtlingen und Migrant*innen auf See und deren Rückführung nach Libyen um ein weiteres Jahr. Im November verlängerte sich die Vereinbarung zwischen Italien und Libyen zu Migration und Grenzkontrollen stillschweigend um weitere drei Jahre.

Amnesty Report Italien 28. März 2023